

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher

Abg. Tobias Reiß

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch

Abg. Benjamin Adjei

Abg. Prof. Dr. Ingo Hahn

Abg. Markus Plenk

Abg. Martin Hagen

Abg. Martin Böhm

Abg. Tanja Schorer-Dremel

Abg. Toni Schuberl

Abg. Florian von Brunn

Abg. Alexander Hold

Staatssekretär Sandro Kirchner

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Ich rufe zur gemeinsamen Beratung auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten

Thomas Kreuzer, Tobias Reiß, Prof. Dr. Winfried Bausback u. a. und Fraktion (CSU),

Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Alexander Hold u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Wahlrechtsreform - Stimmen von Bayerns Bürgerinnen und Bürgern weiter respektieren (Drs. 18/27995)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Julika Sandt, Alexander Muthmann u. a. und Fraktion (FDP)

Bundestag verkleinern, bayerische Interessen wahren (Drs. 18/28041)

Ich eröffne die gemeinsame Aussprache und erteile dem Herrn Kollegen Tobias Reiß von der CSU-Fraktion das Wort.

Tobias Reiß (CSU): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich glaube, lieber Kollege Alexander König, es geht ähnlich unanständig weiter, zumindest was den nachgezogenen Dringlichkeitsantrag der FDP-Fraktion angeht, wie beim vorherigen Antrag.

Der am Freitag letzter Woche von den Ampel-Parteien im Bundestag durchgedrückte Wahlrechtsbeschluss ist ein dreister Anschlag auf die Demokratie.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Zurufe von der SPD: Oh!)

Herr Kollege von Brunn, Sie wollen Wahlkreismandate kappen; Sie wollen die Grundmandatsklausel streichen und damit den Grundsatz der Wahlfreiheit verletzen. Das ist das Ansinnen. Sie wollten sich tatsächlich mit wehenden Fahnen dafür feiern lassen,

dass Sie den Bundestag verkleinern, und haben wahrscheinlich tatsächlich geglaubt, dass Ihnen niemand auf die Schliche kommt,

(Martin Stümpfig (GRÜNE): Hätten Sie es halt selber gemacht!)

dass Sie eigentlich das Ziel verfolgen, die eigene links-gelbe Mehrheit zu sichern, den eigenen Machterhalt zu sichern.

Mich sehen Sie bei dieser Bewertung natürlich als befangen an. Darum habe ich Ihnen einige Zitate zu diesem dreisten Vorgang aus den Medien mitgebracht. Zum Beispiel beschreibt die "Süddeutsche Zeitung", nicht verdächtig, für die CSU in die Bresche zu springen, dies als den Versuch der Ampel, die CSU mit der Wahlrechtsreform aus der Parteienlandschaft zu kegeln, und erklärt, dass dies entweder kalt-schnäuzig oder geschichtsvergessen wäre. Ich sage Ihnen: Es ist beides. Es ist kalt-schnäuzig, weil Sie tatsächlich geglaubt haben, Sie könnten im Windschatten des völlig unstrittigen Anliegens, den Bundestag zu verkleinern, die Koordinaten eines fairen Wettbewerbs zum eigenen Machterhalt verschieben, und keiner merkt es.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Geschichtsvergessen ist es, weil Ihr Ampel-Wahlrecht nichts weniger ist als ein fundamentaler Angriff auf den föderalen Charakter unserer Republik. Zum Föderalismus gehören regionale Parteien, Herr Kollege von Brunn. Das missachtet dieser Antrag. Das rüttelt natürlich gewaltig am föderalen Fundament. Das föderale Fundament ist ein Kerngedanke

(Zuruf von der SPD)

nach 1945 zur Stabilisierung unserer Demokratie, den Sie hier verraten.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Dies ist ein weiterer Beleg dafür, dass die Ampel Bayern schlechterstellen will.

(Benjamin Adjei (GRÜNE): Wir sind nicht in den USA!)

Das schreibt auch die "Süddeutsche Zeitung" sehr trefflich: Keine Demokratie

(Benjamin Adjei (GRÜNE): Das ist die CSU!)

– hören Sie zu, Herr Kollege Adjei – ist gefeiert vor Verfahrensschlawinern und Gesetzesbastlern, die ihre Mehrheit mehren und zum Wohl des eigenen Machterhalts einsetzen. So die "Süddeutsche Zeitung" über Ihren Gesetzesbeschluss! Sie entwerten die Stimmen der bayerischen Bürgerinnen und Bürger. Sie sollten erkennen: Das Wahlrecht ist nicht für die Abgeordneten da – das Wahlrecht ist für die Bürgerinnen und Bürger da.

(Zuruf von der CSU: So ist es!)

Die nächste bayerische Zeitung, die "Augsburger Allgemeine", weiß, warum Sie das in Ihrer Abgehobenheit anders sehen und kommentiert unter der Überschrift "Wahlrechtsreform: Wenn die Politik die Bodenhaftung verliert" – ich zitiere –:

Neben den heiß diskutierten Gerechtigkeitsfragen ist es das vielleicht größte Manko der Reform: Die zunehmende Entkoppelung des Politischen vom wahren Leben.

Das ist Ihre Politik, Herr Kollege von Brunn. Die "Augsburger Allgemeine" schreibt weiter:

Ein direkt gewählter Abgeordneter ist seiner Region deutlich mehr verpflichtet als ein Kollege, der über die Liste ins Parlament einzieht. Er lebt dort, er muss sich engagieren, ansprechbar und präsent sein, um wiedergewählt zu werden. Um über die Parteiliste in den Bundestag einzuziehen zu können, sind andere Talente gefragt: überspitzt gesagt, ist die Verankerung in der Partei, gepaart mit einem gewissen strategischen Geschick, dort wichtiger als die Verankerung vor Ort.

Dies führt, so die "Augsburger Allgemeine", zu einer Funktionärsdemokratie – das genaue Gegenteil einer lebendigen Demokratie.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen der Ampel-Fraktionen, Sie stehen für eine Funktionärsdemokratie – wir stehen für eine lebendige Bürgerdemokratie.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Sie gaukeln den Wählern vor, sie hätten in den Wahlkreisen mit der Erststimme eine Wahl. Der Chefredakteur des Bayerischen Rundfunks analysiert das unter der Überschrift "Gesetz zum Machterhalt der Ampel" sehr treffend. Das Vorgehen der Ampel schafft "noch mehr Unmut und Ungerechtigkeit. Denn viele Stimmen aus den Wahlkreisen werden einfach in den Papierkorb wandern." Der "Wählerwille ganzer Regionen kann verloren gehen". Das scheint Ihnen offensichtlich egal zu sein.

Die FDP will sich jetzt – und das ist das Unanständige, lieber Kollege Alexander König – mit ihrem peinlichen Nachzieher offensichtlich aus der Affäre ziehen. "Bundestag verkleinern, bayerische Interessen wahren" – diese Überschrift ist an Dreistigkeit, lieber Kollege Hagen, nicht zu überbieten.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Alexander König (CSU): Das stimmt!)

Wir sollen feststellen "dass das Anwachsen von Parlamenten über ihre gesetzliche Regelgröße hinaus" keine Akzeptanz findet und das Ansehen schmälert. Gleichzeitig erhöhen Sie aber die Zahl der Abgeordneten auf 630. – Das schreiben Sie auch noch, um der SPD-Fraktion und zum Beispiel der Bundestagspräsidentin den Einzug in den Bundestag zu sichern. Dies ist auf SPD, auf FDP und auf GRÜNE hingeschnitzt. Das ist eine strukturelle Benachteiligung der Union – und das mit Ihren Stimmen.

Jetzt wollen Sie, dass wir beschließen:

Der Landtag erkennt aber die Gefahr, dass bei einem Scheitern der CSU an der 5-Prozent-Hürde ein Großteil der bayerischen Wahlkreise nicht durch einen Wahlkreisabgeordneten im Bundestag vertreten sein könnte.

Bevor die CSU auf Bundesebene an der Fünf-Prozent-Hürde scheitert, scheitern Sie sowieso

(Martin Hagen (FDP): Darum geht es Ihnen doch!)

und die SPD wahrscheinlich als nächste Partei an der Fünf-Prozent-Hürde im Bayerischen Landtag.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Florian von Brunn (SPD):
Aber wo ist da das Problem für Sie?)

Wir jedenfalls werden den Menschen erklären: Sie wollen eine Listenverbindung. Sie wollen uns in eine Listenverbindung zwingen. Das schreibt die FDP in diesem Antrag, weil sie in ihrer Bundespartei selber nichts zu melden hat.

(Martin Hagen (FDP): Das Gegenteil ist richtig!)

Sie haben ein grundlegend anderes Verständnis von direkter regionaler Demokratie. Wir stehen für die Bürgerdemokratie – Sie stehen für die Parteieneliten in Berlin. Wir stehen für den bayerischen Föderalismus – Sie stehen für den Berliner Zentralismus. Das wollen Sie hier vom Bayerischen Landtag beschließen lassen. Schämen Sie sich!

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

So viel Dreistigkeit hat es beim Wahlrecht noch nie gegeben.

Als Letztes zitiere ich den "Münchner Merkur":

Die Ampel-Koalition hat nun den Umbau zu eigenen Gunsten handstreichartig, gegen massive Proteste der Opposition und gegen interne Bedenken mit ihrer einfachen Mehrheit durchgeboxt. [...]

Der Mief von Orbán wabert durch Berlin.

Dem ist nichts hinzuzufügen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Widerspruch bei der SPD –
Unruhe)

Das steht so in der Zeitung. Da kann ich auch nicht helfen.

(Unruhe und Widerspruch bei den GRÜNEN – Alexander König (CSU): Zitieren
wird man ja noch dürfen!)

Darf ich das nicht zitieren, oder was?

(Zurufe von den GRÜNEN)

Ich glaube, meine Meinung haben Sie wahrgenommen, wenn Sie zugehört haben.

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Sind Sie am Ende mit Ihrer Rede?

Tobias Reiß (CSU): Ich rede schon lange nicht mehr! Ich bin schon lange fertig.

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Na ja, das war nicht deutlich zu erkennen.

Tobias Reiß (CSU): Doch, ich war schon lange fertig.

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Wir haben noch drei Zwischenbemerkungen. Die erste kommt von Herrn Kollegen Adjei von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Bitte schön.

Benjamin Adjei (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Reiß, nach dieser ziemlich unterirdischen Rede eine Frage an Sie: Kennen Sie Artikel 43 des Landeswahlgesetzes hier in Bayern? Absatz 2 lautet:

Kann die nach Absatz 1 gewählte sich bewerbende Person gemäß Art. 14 Abs. 4 der Verfassung keinen Sitz zugeteilt erhalten, so scheiden die auf sie entfallenden Stimmen aus. Als gewählt gilt in diesem Fall der Stimmkreisbewerber mit der nächsthohen Stimmenzahl.

Für Sie zur Erklärung: Artikel 14 der Verfassung ist die Fünf-Prozent-Hürde. Sprich, wenn man ein Direktmandat in Bayern erringt und die Partei unter fünf Prozent ist, ist das Direktmandat weg. Das gilt für alle Direktmandate.

Finden Sie das auch verfassungsfeindlich? Finden Sie das auch antidemokratisch? Finden Sie das auch Orbán-Style und Ähnliches? Wie stehen Sie zu der gleichen Regelung im bayerischen Landeswahlgesetz?

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Bitte, Herr Kollege.

Tobias Reiß (CSU): Sie verstehen das bayerische Wahlrecht nicht. Sie vergleichen Äpfel mit Birnen.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER – Tanja Schorer-Dremel (CSU): Sehr gut!)

Sie wollen das demokratischste Landeswahlrecht, diesen fein polierten Apfel des bayerischen Landeswahlrechts, mit der faulen Birne Ihres Bundeswahlgesetzes vergleichen? – Das wollen Sie!

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER – Widerspruch des Abgeordneten Benjamin Adjei (GRÜNE))

– Ich erkläre es Ihnen, Herr Kollege Adjei: In Bayern werden Erststimme und Zweitstimme zu einer Gesamtstimme zusammengezählt.

(Benjamin Adjei (GRÜNE): Das verändert nichts!)

Das hat es noch nie gegeben, dass ein Erststimmengewinner nicht in den Bayerischen Landtag eingezogen ist.

(Benjamin Adjei (GRÜNE): Das kann aber passieren!)

Nach Ihrem Wahlrecht werden in Zukunft Dutzende Wahlkreisgewinner nicht mehr in den Bundestag einziehen.

(Martin Hagen (FDP): Aber nur, wenn die Partei unter fünf Prozent bleibt!)

Das ist der Unterschied, auch in anderen Bundesländern.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Sie verstehen Ihr eigenes Wahlrecht nicht, Herr Kollege Adjei. Sie verstehen es nicht.

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Herr Reiß, vielen Dank. – Die zweite Zwischenbemerkung kommt von Herrn Prof. Hahn. Bitte.

Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD): Geschätzter Herr Kollege Reiß von der CSU, bei Ihren Worten wird man hellhörig. Das Bundeswahlrecht wird von Ihnen hier als faule Birne bezeichnet. Also unter Demokraten wie uns von CSU und AfD muss man ja dann doch sagen, dass das auch demokratische Prozesse sind.

(Tobias Reiß (CSU): Handelt es sich um Fallobst, oder was?)

Das sind demokratische Prozesse, die hier ablaufen, und da wundert es mich schon, dass Sie sich wundern. Sie bekommen nämlich den Geist, den Sie selber gerufen haben, nicht mehr in die Flasche zurück. Sie hätten das Problem mit der Ampel ja gar nicht, wenn Sie hier aus Bayern nicht die eigene Union so beschossen hätten. Dann hätten auch wir das Problem mit der Ampel nicht.

Aber ich habe jetzt zwei Fragen. Die erste ist: Sie sagen ja zu Recht, wenn Millionen Stimmen nicht mehr gehört werden, dann ist das kritisch. Meine Frage ist aber: Wenn das so ist, dann profitieren Sie ja auch von der Fünf-Prozent-Hürde. Durch die werden

auch viele Stimmen nicht gehört. Warum sind Sie dann vor allen Dingen nicht für Volksabstimmungen, damit wirklich jede Stimme in diesem Land ganz direkt gehört wird?

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Vielen Dank, Herr Prof. Hahn. – Bitte die Beantwortung.

Tobias Reiß (CSU): Auch was die direkte Demokratie anbelangt, haben wir in Bayern ein hervorragendes Verfassungsrecht. Die Fünf-Prozent-Klausel ist mehrfach vom Bundesverfassungsgericht ausgeurteilt. Natürlich braucht es diese Grenzziehung zwischen einer funktionierenden Demokratie und einem Kleinst-Kleinst-Parteien-Parlament. Da zieht das Bundesverfassungsgericht genauso wie die gesetzliche Grundlage, wie sie bisher gegolten hat, eine klare Trennlinie zum Schutz unserer Demokratie.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Die nächste Zwischenbemerkung kommt von Herrn Plenk. Bitte.

Markus Plenk (fraktionslos): Herr Reiß, die CSU hatte 2017 bei der Bundestagswahl 38,8 %, 2021 waren es 31,7 %. Das heißt, die CSU hatte 2021 nur noch circa 80 % der Stimmen im Vergleich zur vorherigen Bundestagswahl und hat nur ein Mandat im Bundestag verloren. Das heißt, 2017 gab es 46 CSU-Abgeordnete, 2021 45 CSU-Abgeordnete. Bei 20 % Einbuße nur ein Mandat zu verlieren, halten Sie das tatsächlich für gerecht?

(Martin Hagen (FDP): Sicher hält er das für gerecht! – Allgemeine Heiterkeit)

Tobias Reiß (CSU): Das liegt an der Systematik unseres personalisierten Verhältniswahlrechts. Wir haben Mehrheitswahlelemente in den Wahlkreisen, und wenn es dort eben gelingt, dass ein Kandidat die Mehrheit vor Ort überzeugt und über die Bürgerstimme in den Bundestag einzieht, dann ist er als Vertreter seiner Region Vertreter im Deutschen Bundestag. Was ist dagegen einzuwenden?

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Sie kritisieren jeden direkt Gewählten!)

Um Ihren Ex-Kollegen Hahn zu zitieren: Das ist direkte Wahl. Der Betreffende ist direkter Vertreter seiner Heimat im Bundestag.

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Er hat das Vertrauen der Bürger!)

– Er hat das Vertrauen der Menschen vor Ort. Was soll man dagegen haben können?

(Beifall bei der CSU – Zuruf des Abgeordneten Martin Stümpfig (GRÜNE) – Gülsersen Demirel (GRÜNE): Wenn es mir nützt, ist es demokratisch!)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Vielen Dank, Herr Kollege Reiß. – Als nächsten Redner rufe ich Martin Hagen, FDP-Fraktion, auf.

Martin Hagen (FDP): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Kollege Reiß, Sie haben den "Mief von Orbán" angesprochen.

(Tobias Reiß (CSU): Hat Sie das getroffen?)

Wenn der Mief von Orbán irgendwo wabert, dann im Kloster Seeon, wohin Sie ihn noch vor wenigen Jahren zu Ihren Klausurtagungen eingeladen haben. So sieht es aus!

(Beifall bei der FDP sowie Abgeordneten der GRÜNEN und der SPD)

Das ist Ihr politischer Freund gewesen, nicht unserer.

Alle Parteien, bis auf die CSU, sind sich einig, dass eine Verkleinerung des Deutschen Bundestages überfällig ist. Aber die CSU hat das jahrelang blockiert.

(Zuruf von der CSU: Das ist nicht wahr!)

Norbert Lammert, Wolfgang Schäuble, alle haben sich die Zähne ausgebissen an der Sturheit der CSU, die nicht bereit war zu einer Reform zur Verkleinerung des Bundestages. Das Einzige, was Sie akzeptiert hätten, wäre gewesen, dass hundert Prozent

der Sitze an Sie gehen, und selbst dann würden Sie sich noch beschweren, dass ein Sozi im Schloss Bellevue sitzt. So sieht es doch aus!

(Beifall bei der FDP sowie Abgeordneten der GRÜNEN und der SPD – Zuruf: Das ist jetzt geringfügig übertrieben!)

Umso wichtiger ist es, dass es der Ampel jetzt gelungen ist, das aktuell zweitgrößte Parlament der Welt, das größte nach dem chinesischen, endlich auf 630 Plätze zu verkleinern.

Meine Damen und Herren, diese Reform der Ampel findet die große Zustimmung der Bevölkerung in Deutschland.

(Lachen und Widerspruch bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Florian von Brunn (SPD): So ist es!)

Jetzt hören Sie gut zu, meine Herren von der CSU: Die Reform findet auch die große Zustimmung der Bevölkerung in Bayern;

(Tobias Reiß (CSU): Das werden wir am 8. Oktober sehen! Das entscheidet sich am 8. Oktober!)

denn laut aktueller Civey-Umfrage der letzten sieben Tage befürworten 77 % der Menschen – nicht in Deutschland, sondern in Bayern – die Wahlrechtsreform der Ampel.

(Beifall bei der FDP sowie Abgeordneten der GRÜNEN und der SPD)

Aber umso größer ist das Geschrei der CSU, Zeter und Mordio seit Wochen. Herr Huber – ist Martin Huber im Saal? – hat im Stil eines Bierzelt-Bolsonaros von organisierter Wahlfälschung gesprochen. Meine Damen und Herren, das kennen wir von Rechtspopulisten, dass sie schon im Vorfeld versuchen, ihre eigenen Wahlniederlagen durch das Gerede von Wahlfälschung zu vertuschen.

(Beifall bei der FDP)

Markus Söder hat erklärt, die Möglichkeit, dass jemand seinen Wahlkreis zwar mehrheitlich gewinnt, aber dann nicht ins Parlament einzieht, sei undemokratisch und verfassungswidrig. Genau das steht so im bayerischen Wahlrecht. Halten Sie das bayerische Landtagswahlrecht für verfassungswidrig?

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Erst- und Zweitstimmen!)

Das sind die Regeln, die Sie hier seit Jahrzehnten haben, meine Damen und Herren.

(Tobias Reiß (CSU): Kennen Sie das Wahlrecht in Bayern überhaupt?)

Das ist wirklich ein Theater, das Sie hier aufführen, weil Sie einfach nicht wollen, dass das Parlament verkleinert wird, und Sie nicht auf Ihre Privilegien und Sitze verzichten wollen.

(Beifall bei der FDP sowie Abgeordneten der GRÜNEN und der SPD)

Meine Damen und Herren, aus diesem Grund nimmt auch niemand das Geschrei der CSU ernst.

Was wir aber ernst nehmen, ist Ihre Sorge um die Fünf-Prozent-Hürde.

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Da wisst ihr ja, wovon ihr sprecht!)

Kollege Reiß, ich war erstaunt zu hören, dass gerade Sie sagen, diese Sorge sei völlig unrealistisch. Denn wenn dem so ist, worüber reden wir hier dann die ganze Zeit?

(Tobias Reiß (CSU): Weil Sie uns strukturell benachteiligen wollen!)

Es geht ausschließlich um das Scheitern der CSU an der Fünf-Prozent-Hürde und die damit verbundene direkte Repräsentanz eines Großteils der bayerischen Wahlkreise, die dann gefährdet wäre. Diese Sorge ist nicht von der Hand zu weisen, denn die CSU, die vor zehn Jahren bei der Bundestagswahl noch 49 % hatte, hat sich zuletzt, unter ihrem aktuellen Vorsitzenden, auf 31,7 % marginalisiert. Natürlich treibt die Sorge Sie um.

Diese Schwäche ist selbst verschuldet, meine Damen und Herren. Auch die Abschaffung der Grundmandatsklausel geht auf die Sachverständigen der CDU/CSU zurück. Das war keine Idee der Ampel. Das hat im parlamentarischen Verfahren der Sachverständige der CDU eingebracht.

(Alexander König (CSU): Worauf führen Sie die Umfragewerte der FDP zurück?)

Aber, meine Damen und Herren, obwohl – –

(Tobias Reiß (CSU): Neun von zehn Sachverständigen sind gegen die Streichung der Grundmandatsklausel! – Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Es sollte dennoch nicht dazu führen, dass ein Großteil der bayerischen Wahlkreise künftig keinen direkt gewählten Abgeordneten mehr hat. Das würde dem bayerischen Wählerwillen widersprechen. Eine flächendeckende Repräsentanz im Bundestag wäre dann nicht mehr sichergestellt, und deswegen wäre das auch nicht im bayerischen Interesse.

Die CSU hat sich durch ihre sture Blockadehaltung jeglicher Gestaltungsfähigkeit auf Bundesebene in Berlin selbst beraubt. Sie können nichts mehr bewegen in Berlin, meine Damen und Herren, weil Sie sämtliche Brücken durch Ihr Verhalten abgerissen haben. Aus diesem Grund sind es jetzt die Fraktionen von FDP, SPD und GRÜNEN, die sich in Berlin im Interesse der bayerischen Bürger um eine Möglichkeit bemühen,

(Alexander König (CSU): Das fällt euch aber "bald" ein!)

dass die bayerischen Wahlkreise auch dann berücksichtigt werden können, wenn die CSU unter fünf Prozent bleibt.

(Lachen bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Wir haben dazu einen Vorschlag der Listenverbindung. Dieser Vorschlag wird momentan in Berlin beraten, um sicherzustellen, dass die bayerischen Wahlkreise trotz der Schwäche der CSU repräsentiert sind.

(Tobias Reiß (CSU): Gegen die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts!
– Weitere Zurufe von der CSU)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Ruhe!

(Glocke des Präsidenten)

Martin Hagen (FDP): Wir erwarten nicht, dass Sie diesem Vorschlag zustimmen; denn Sie haben noch nie etwas zugestimmt. Aber, meine Damen und Herren, wenn wir uns hier bemühen, bayerische Interessen zu vertreten, dann schreien Sie wenigstens nicht rum, sondern freuen Sie sich.

(Beifall bei der FDP sowie Abgeordneten der GRÜNEN – Alexander König (CSU):
Das ist die Angst vor dem Untergang der FDP, nichts anderes!)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Herr Hagen, zwei Zwischenbemerkungen. – Herr Martin Böhm, bitte.

Martin Böhm (AfD): Sehr geehrter Herr Kollege Hagen, bereits 1990 urteilte das Bundesverfassungsgericht – ich zitiere –: Ein Wahlgesetz, das Parteien ermöglicht, ihre Landeslisten zu verbinden, um die Fünf-Prozent-Hürde zu überwinden, verstößt gegen den Grundsatz der Chancengleichheit. Denn es gewichtet den Erfolg von Wählerstimmen ohne zwingenden Grund ungleich.

– Wie sehen Sie im Lichte dieses Urteils die gerade angesprochene Option der Listenverbindungen zugunsten der CSU?

(Alexander König (CSU): Gute Frage!)

Martin Hagen (FDP): Das wäre in der Tat dann eine Ungleichbehandlung, wenn man es Parteien ermöglichen würde, die alle bundesweit antreten, beispielsweise wenn die FREIEN WÄHLER gemeinsam mit der Tierschutzpartei und der Piratenpartei antreten würden, weil sie gemeinsam vielleicht irgendwann eine Chance haben, die Fünf-Prozent-Hürde in Berlin zu überschreiten.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER))

– Vielleicht. Machen Sie sich nicht zu viele Hoffnungen, Herr Kollege Mehring. – Dann wäre das in der Tat problematisch. Wenn aber die eine Partei in 15 Bundesländern antritt und die andere Partei nur in einem Bundesland, dann wäre es möglich, weil es dann die Chancengleichheit nicht beeinträchtigt.

(Beifall bei der FDP – Tobias Reiß (CSU): Sind Sie das Bundesverfassungsgericht?)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Danke. – Nächste Zwischenbemerkung: Frau Schorer-Dremel. Bitte schön.

Tanja Schorer-Dremel (CSU): Sehr geehrter Herr Kollege, zwei Fragen:

Erstens. Gehen wir mal von dem aus, was nicht eintreffen wird: Die CSU gewinnt 44 Direktmandate in Bayern, aber wir schaffen die Fünf-Prozent-Hürde nicht und sämtliche Stimmen, um die neun Millionen wie bei der letzten Wahl, würden dann an andere Bundesländer fallen. Wie rechtfertigen Sie das?

Zweitens. Wie rechtfertigen Sie, dass die Ampel mittlerweile 168 zusätzliche Stellen für hohe Beamte geschaffen hat, aber gleichzeitig den Bundestag verkleinern will?

(Prof. Dr. Winfried Bausback (CSU): Hört, hört! – Beifall bei der CSU)

Martin Hagen (FDP): Frau Kollegin, die bayerischen Mandate fallen nicht an andere Bundesländer. Aber die Antwort auf Ihre erste Frage habe ich Ihnen gegeben. Ich finde es nicht wünschenswert, dass aufgrund der Schwäche der CSU massenhaft Wahlkreise in Bayern nicht mehr direkt im Bundestag repräsentiert sind.

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Das habe ich nicht gefragt!)

Genau aus diesem Grund – wenn Sie das verhindern wollen, dann stimmen Sie unserem Dringlichkeitsantrag zu – schaffen wir jetzt die Möglichkeit von Listenverbindungen.

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Nein!)

Genau das ist der Grund.

Zu Ihrer Frage nach den Beamten. Ich habe sehr kritisiert, dass Sie, die Bayerische Staatsregierung, allein in der Staatskanzlei, der Regierungszentrale des Ministerpräsidenten, in den vergangenen fünf Jahren die Zahl der Beamten um 42 % erhöht haben.

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Aber ihr macht das jetzt!)

Natürlich soll auch die Regierung in Berlin Maß halten. Die ist aber nicht mal in der Nähe der Zahlen, die Sie hier mit der Aufstockung der Zahl der Beamten in Bayern in den letzten Jahren erreicht haben.

(Beifall bei der FDP sowie Abgeordneten der GRÜNEN – Widerspruch der Abgeordneten Tanja Schorer-Dremel (CSU))

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Nächster Redner ist der Abgeordnete Toni Schuberl von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. – Bitte schön, Herr Schuberl.

Toni Schuberl (GRÜNE): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! 2. Dezember 1990: Wir GRÜNE fliegen aus dem Bundestag.

(Martin Böhm (AfD): Hurra!)

Fünf-Prozent-Hürde nicht geschafft. Die Konsequenz war: Wir haben fusioniert mit einer ostdeutschen Partei, BÜNDNIS 90, und sind dann wieder eingezogen.

22. September 2002: Die PDS fliegt aus dem Bundestag. Konsequenz: Sie hat mit einer westdeutschen Partei fusioniert und ist dann wieder eingezogen.

22. September 2013: Die FDP fliegt aus dem Bundestag. Das war damals Ihr Koalitionspartner. Was haben Sie gemacht? – Sie haben die Sektkorken knallen lassen und gefeiert. Kein Wort von Ihnen damals zu den Millionen von Wählerstimmen, die dadurch nicht gezählt wurden. Kein Wort davon.

(Zuruf: Ganz normal! – Tobias Reiß (CSU): Haben Sie schon mal etwas von der Fünf-Prozent-Hürde gehört? Bundesweit!)

Denn das ist Demokratie. Das ist die logische Folge der Fünf-Prozent-Klausel, die sehr sinnvoll ist.

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Das war bundesweit!)

Jetzt hat die CSU Angst.

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Nein, wir haben keine Angst! – Martin Hagen (FDP): Offenkundig!)

Offenkundig haben Sie sogar Panik.

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Vor Ihrem Demokratieverständnis! – Weitere Zurufe von der CSU)

Jetzt ist die Fünf-Prozent-Klausel, solange es diesen Schutzmechanismus für die CSU nicht mehr gibt, demokratiefeindlich.

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Gewonnene Mandate müssen gewonnene Mandate bleiben!)

Die CSU baute sich die Wahlgesetze stets so, dass sie Vorteile daraus ziehen konnte.

(Tobias Reiß (CSU): So ein Quatsch! Das ist immer im Konsens entschieden worden! – Tanja Schorer-Dremel (CSU): Ich verwehre mich dagegen!)

Die Grundmandatsklausel in den Fünfzigerjahren wurde von der Union eingeführt, um mit Trickereien für eine Mehrheit für die Union zu sorgen. Die CSU hat das Wahlrecht so geregelt, dass sie eine Sonderstellung bekommen hat, die bisher keine Partei in Deutschland hatte. Die CSU sichert sich mit ihren Wahlkonstruktionen ihre Pfründe.

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Jetzt machen wir bald eine namentliche Abstimmung!)

2002 hatte die CSU 9 % der Zweitstimmen in Deutschland und 58 Abgeordnete. 2013 waren es 7,4 %, aber immer noch, oh Wunder, 56 Abgeordnete. 2021 waren es 5,2 % und 45 Abgeordnete. In der Großen Koalition hat die CSU eine Wahlreform vorgeschlagen, die nur Vorteile für die Union gebracht hätte und massivste Nachteile für die Oppositionsparteien.

(Martin Hagen (FDP): Hört, hört!)

In der Großen Koalition wurde dann ein "Wahlreförmchen" beschlossen – das hat bei der Bundestagswahl 2021 auch gegriffen –, dass nicht mehr alle Überhangmandate ausgeglichen werden müssen. Das war der Beitrag der CSU zur Verkleinerung des Bundestags. Nur die CSU wurde gestärkt, die Opposition wurde benachteiligt.

(Zurufe)

"Der Staat als Beute" ist das Motto der CSU. Das haben Sie in der Vergangenheit gnadenlos durchgezogen, auch bei der Wahlgesetzgebung.

(Florian Streibl (FREIE WÄHLER): Und jetzt tut ihr es auch!)

Wir GRÜNE machen Politik aus staatspolitischer Verantwortung heraus,

(Lachen bei der AfD)

und zwar aus Verantwortung für die gesamte Nation. Das ist der Unterschied zwischen GRÜNEN und CSU!

(Beifall bei den GRÜNEN – Tobias Reiß (CSU): Politik zum eigenen Machterhalt!)

Ich verstehe Ihre ganze Aufregung gar nicht.

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Arroganz der Macht!)

Die CSU hat doch noch nie weniger als fünf Prozent gehabt.

(Prof. Dr. Winfried Bausback (CSU): Wie viele Staatssekretäre habt ihr in Berlin in der Bundesregierung? Wahnsinn!)

Haben Sie so viel Angst, oder sollen wir lieber von Panik reden? Danach schaut es nämlich aus.

(Tobias Reiß (CSU): Machtapparat aufgebläht!)

Normalerweise können Sie vor Selbstüberschätzung überhaupt nicht mehr laufen. Aber jetzt hört man nichts anderes mehr als "Mimimi, die sind alle so böse zu uns".

(Heiterkeit bei den GRÜNEN und der FDP sowie Abgeordneten der SPD)

Sie sind gar nicht mehr fähig, konstruktive Politik zu machen. Von Ihnen hört man nur noch Geschrei und Klamauk.

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Sie vergessen zu gendern, glaube ich!)

Zu dem Vorwurf, den Sie jetzt gebracht haben, dass die Wahlreform nur zu unserem Vorteil wäre: Wäre das neue, jetzt beschlossene Wahlrecht 2021 bereits angewandt worden, dann hätte die CSU 11 Überhangmandate verloren, die GRÜNEN hätten hingegen 24 Ausgleichsmandate verloren.

(Martin Hagen (FDP): Alle hätten verloren! – Widerspruch der Abgeordneten Tanja Schorer-Dremel (CSU))

– Alle hätten verloren. – Seit vielen Jahren gibt es Gespräche. Die CSU hat sie sabotiert. Die Gespräche sind stets möglich. Sie sind auch weiterhin möglich. Die CSU hat

es aktuell wieder abgelehnt. Das Gesetz ist nun vom Bundestag beschlossen und wird vor dem Verfassungsgericht beklagt. Ich sehe daher keinen Veränderungsbedarf. Aber es ist okay, wenn auf Bundesebene Gespräche geführt werden. Auf Bundesebene – das ist nämlich der richtige Rahmen. Das sind komplexe Themen. Auch die Frage der Listenverbindung ist komplex. Wollen wir wirklich, dass NPD, DVU, Republikaner, III. Weg, Thüringer Heimatpartei und andere Untote wieder Relevanz erhalten, indem sie Listenverbindungen eingehen?

(Tobias Reiß (CSU): Das müssen Sie die FDP fragen!)

Eine Absenkung der Fünf-Prozent-Hürde ist auch durchaus problematisch, genauso die Regionalisierung der Fünf-Prozent-Hürde, die jetzt im Raum steht. Wir hatten schon mal eine Regionalisierung der Fünf-Prozent-Hürde, die jeweils nur für das Land gegolten hat. Da hatten wir einen sehr zersplitterten Bundestag, ganz am Anfang der Bundesrepublik.

(Tobias Reiß (CSU): Grundmandatsklausel!)

Reden wir darüber, wie wir das Wahlrecht weiterentwickeln, aber nicht mehr mit dem Ziel, der CSU eine Sonderrolle zu sichern. Wir sollten endlich aufhören, unser Wahlrecht anzupassen, um einzelnen Parteien Vorteile zu verschaffen.

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Wann wurde das Wahlrecht angepasst? Wer pass-
te es an? Das macht die Ampel! – Weitere Zurufe)

Wir sollten endlich mit dieser CSU-Bevorzugung aufhören. Es geht hier um das Land, nicht mehr um Ihre Pfründe.

(Beifall bei den GRÜNEN und der FDP – Tanja Schorer-Dremel (CSU): Es geht
um das Land, um die Demokratie! – Weitere Zurufe)

Das aktuell beschlossene Bundestagswahlrecht verkleinert den Bundestag um 100 Abgeordnete. Es werden alle Parteien gleich behandelt. Die ungerechtfertigte Bevorzugung der CSU ist weggefallen, und das ist gut so.

(Beifall bei den GRÜNEN und der FDP)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Vielen Dank. – Nächster Redner: Herr Martin Böhm, AfD-Fraktion.

(Beifall bei der AfD)

Martin Böhm (AfD): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die CSU titelt mit der Forderung: Stimmen von Bayerns Bürgern weiter respektieren. – Fällt Ihnen da etwas auf? Genau das tun Sie selbst eben nicht. Sie treten die Stimmen von einer Million Bürgern in den Schmutz, die Stimmen der AfD-Wähler in diesem Freistaat.

(Beifall bei der AfD)

Der von Ihnen beklagte Weg Richtung Mehrheitswahlrecht, dem manche Wahlkreisgröße in Ihrer Partei zum Opfer fallen wird, wäre durch eine Flexibilisierung der Landeslisten durchaus gangbar gewesen. Dies war übrigens eine der wenigen AfD-Forderungen, die keinen Eingang in die Reform fanden. Das war unser wahrhaft basisdemokratischer Vorschlag zur Bürgerpartizipation. Den haben Sie dort, in Berlin, nicht unterstützt und hier jammern Sie jetzt. Ihre CSU-Direktkandidaten haben zudem schon lange nicht mehr die Legitimation von 50 plus x Prozent. Dafür gibt es genau zwei Gründe: Ihr Anbiedern nach links und unser stabiler Kurs als einzige rechtskonservative Partei in diesem Land.

(Beifall bei der AfD)

Genau das ist auch der Grund, warum Sie als 5,2-Prozent-Partei im Bund um die Fünf-Prozent-Hürde fürchten müssen, ganz zu Recht. Nicht zuletzt Ihre seit 2015 zum

Schaden des deutschen Volkes betriebene Migrationspolitik wird 2025 für einen CSU-Limbo unter der Fünf-Prozent-Stange hindurch genügen.

Eine Grundmandatsklausel, mit der dann trotz eures Verfalls noch vierzig Amigos mit nach Berlin geschleust werden, die braucht unser Land auch nicht. Treten Sie doch einfach bundesweit an. Was spricht dagegen? Kannibalisieren Sie sich dabei ruhig mit den Kollegen von den bereits etablierten FREIEN WÄHLERN. Wir als AfD freuen uns darauf. Liebe CSU, das Endspiel um Ihre Macht wird nicht mit dieser Wahlrechtsreform eingeläutet. Nein, das hat mit Ihrem Wahldebakel 2021 bereits begonnen. Fast in jedem deutschen Parlament gäbe es eine stabile Mehrheit rechts der Mitte. Aber immer war und ist die Union zu feige, diese Option im Sinne unserer Heimat, im Sinne unseres Volkes zu ziehen.

(Beifall bei der AfD)

Die Menschen da draußen durchschauen Ihr Heucheln. Dort jammern Sie über Verfassungswidrigkeit, und hier, hier verwehren Sie uns den Posten des Vizepräsidenten. In Erwartung einer höchstrichterlichen Entscheidung enthalten wir uns trotzdem bei Antrag und bei Nachzieher.

(Beifall bei der AfD)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Vielen Dank. – Nächster Redner: Herr Florian von Brunn, SPD-Fraktion.

Florian von Brunn (SPD): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, verehrte Damen und Herren! Ich muss Martin Hagen zustimmen. Es ist gut, dass es die Ampel endlich geschafft hat, eine Wahlrechtsreform in Deutschland durchzuführen und den Bundestag zu verkleinern. Es ist gut, dass wir das geschafft haben, was mit der Union in den letzten Jahren einfach nicht möglich war. Das haben die Bürgerinnen und Bürger von uns erwartet.

(Beifall bei der SPD, den GRÜNEN und der FDP)

Um es noch einmal deutlich zu machen: Die CDU und vor allem die CSU haben dazu überhaupt nichts beigetragen. Von der CSU kam keinerlei konstruktiver realistischer sinnvoller Vorschlag. Die einzigen Vorschläge, die Sie gemacht haben – und das haben die Wahlrechtsexperten in den Anhörungen auch bescheinigt –, dienten dazu, die Union im Endeffekt massiv zu begünstigen. Das, was Sie vorgeschlagen haben, war nicht umsetzbar. Das muss man an der Stelle einfach festhalten.

Tatsächlich ist es auch richtig, was Herr Hagen gesagt hat, dass die Bürgerinnen und Bürger nämlich froh sind, dass der Bundestag endlich verkleinert wird. Er war, wie schon vorgetragen, das zweitgrößte Parlament der Welt, das größte nach dem chinesischen Volkskongress.

Jetzt kommen wir zum Thema Grundmandatsklausel. Ich hätte nie gedacht, dass die CSU solche Angst hat, an der Fünf-Prozent-Hürde zu scheitern. Udenkbar unter einem Franz Josef Strauß oder unter einem Goppel.

(Tobias Reiß (CSU): Vorher scheitert die SPD in Bayern! – Zuruf der Abgeordneten Tanja Schorer-Dremel (CSU))

– Herr Reiß, ich verstehe es sehr gut, dass Sie jetzt im Wald laut pfeifen, weil Sie Angst haben und das Thema natürlich gerne vom Tisch hätten. Ihr Verhalten beweist aber doch, dass Sie Angst haben. Natürlich hat das auch damit zu tun, dass Sie Ihre Verärgerung, Ihre Angst jetzt auf uns projizieren. Die maßgebliche Ursache aber ist doch Markus Söder – da beißt die Maus keinen Faden ab – durch sein Verhalten im letzten Bundestagswahlkampf. Er wollte Kanzlerkandidat werden. Er ist es nicht geworden, und dann hat er einen Wahlkampf gegen Armin Laschet geführt. Deswegen haben Sie das schlechteste Bundestagswahlergebnis Ihrer Geschichte eingefahren.

(Beifall bei der SPD und der FDP)

Diese Schwäche ist der Grund für das Theater, das Sie jetzt hier veranstalten, und das Mimimi.

(Unruhe bei der CSU)

An der Stelle will ich Ihnen gerne noch einmal vor Augen führen, was Ihre eigenen Unions-Expertinnen und -Experten zur Grundmandatsklausel im Zusammenhang mit dem neuen Wahlrecht gesagt haben, also die Expertinnen und Experten, die die Union vorgeschlagen hat, wie beispielsweise Prof. Philipp Austermann. Er hat von der verfassungswidrigen Grundmandatsklausel gesprochen

(Martin Hagen (FDP): Hört, hört!)

und davon, dass sie sich schon bislang nicht überzeugend begründen ließ. Vor dem Hintergrund, dass künftig viele Wahlkreise keine direkt gewählten Abgeordneten entsenden werden, ist die Grundmandatsklausel verfassungsrechtlich erst recht nicht mehr haltbar. – Ihr Experte. Warum haben Sie den denn benannt, wenn Sie sich jetzt darüber beklagen?

(Beifall bei der SPD und der FDP)

Oder auch Stefanie Schmahl, auch sie wurde von der Union benannt. Auch sie spricht von der verfassungsrechtlich zweifelhaften Grundmandatsklausel. Sie sagt, dass die Grundmandatsklausel im Gesetzentwurf enthalten ist, lässt sich rechtlich nicht widerspruchsfrei begründen.

(Tobias Reiß (CSU): Das haben die längst revidiert!)

Es gibt noch einen weiteren Experten, der das sagt. Im Endeffekt muss ich die "Süddeutsche Zeitung" zitieren. Prof. Christoph Schönberger sagte heute im Interview: "Es ist nicht die Aufgabe des Wahlrechts, die CSU möglichst optimal abzusichern." – Das ist die Wahrheit.

(Beifall bei der SPD und der FDP)

Wissen Sie, ich finde es schon ein bisschen fragwürdig, wenn Sie hier ein lautes Lamento erheben, aber im eigenen Land, im Bayerischen Landtag, deutlich im Wider-

spruch zu Ihren hohen moralischen Maßstäben handeln, beispielsweise beim Wahlkreischnitt oder auch im Hinblick auf die Redezeiten für die Opposition. Da kann man sich dann schon die Frage stellen, ob das mit Fairness, mit dem Gleichheitsgedanken oder mit demokratischen Prinzipien vereinbar ist.

Nichtsdestoweniger haben Sie es selbst in der Hand, das Problem zu lösen. Die Möglichkeit der Listenverbindung ist heute schon angesprochen worden. Gehen Sie doch auf uns zu, auf die Ampel in Berlin. Wir sind gerne bereit, mit Ihnen darüber zu reden. Bisher haben Sie aber noch keine Bereitschaft signalisiert. Es gibt auch noch andere Vorschläge und andere Möglichkeiten, die Sie anstreben können. Es liegt in Ihrer Hand. Ich sage Ihnen, Sie werden bei den Wählerinnen und Wählern mit diesem Thema nicht punkten, denn die sind froh, dass wir die Wahlrechtsreform endlich durchgesetzt haben. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Lebhafter Beifall bei der SPD und der FDP)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Vielen Dank. – Als nächsten Redner rufe ich Herrn Alexander Hold für die FREIE-WÄHLER-Fraktion auf. Bitte, Herr Kollege.

Alexander Hold (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir FREIEN WÄHLER sind mit unseren Landtagsfraktionen als einzige demokratische Kraft in Deutschland unverdächtig, in puncto Bundestagswahlrecht pro domo, zum eigenen Vorteil zu argumentieren, denn wir sind weder in der Berliner Ampel, noch hatten wir in den letzten Wahlperioden in Berlin die Gelegenheit, die notwendige Verkleinerung anzustoßen und zu einem Kompromiss zu kommen. Wir sind auch nicht mit drei Direktmandaten in den Bundestag eingezogen. Wir sind auch keine Regionalpartei, die nur über das starke Ergebnis in einem Bundesland in den Bundestag einziehen kann.

Ja, klar, der Bundestag muss dringend verkleinert werden, damit er handlungsfähig bleibt. Dafür gibt es viele vernünftige Lösungswege, zum Beispiel die Reduzierung der

Stimmkreise oder Stichwahlen um die Direktmandate oder vielleicht sogar integrierte Stichwahlen, um die Überhangmandatwahrscheinlichkeit zu mindern. Keiner dieser Wege ist beschritten worden. Es ist ein ganz anderer Weg beschritten worden, meine Damen und Herren: ein durchsichtiger, schäbiger, schlechter zum eigenen Vorteil der Ampel.

(Lebhafter Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Was ich in der Diskussion gerade eben bezeichnend finde: Ich habe kein einziges Wort darüber gehört, wie die ergriffenen Maßnahmen überhaupt geeignet sein sollen, das Ziel zu erreichen. Die Argumentation lief dauernd nach dem Motto: Ihr, liebe Union, habt uns jahrzehntelang unsere Sandburgen kaputt gemacht, jetzt dürfen wir einmal eure Sandburg kaputt machen. Das ist die einzige Diskussion, die ich gehört habe, meine Damen und Herren. Niemand hat bisher auch nur ein Wort darüber verloren, inwiefern der Wegfall der Grundmandatsklausel notwendig, sinnvoll oder zielführend sein soll. Darüber habe ich kein Wort gehört.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Ich sage Ihnen: Der Freistaat ist das flächenmäßig größte Bundesland und der wichtigste Einzahler im Länderfinanzausgleich. Wenn seine Stimme im Berliner Parlament kein Gewicht mehr hat, dann gute Nacht Demokratie in Deutschland, dann gute Nacht Föderalismus in Deutschland!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

So sehr ich Herrn Kollegen Hagen persönlich schätze, aber dieser peinliche Dringlichkeitsantrag kommt mir vor wie der Dieb, den das schlechte Gewissen packt und der überlegt, ob er die Beute zurückbringen soll. Stattdessen zündet er aber dann doch lieber in der Kirche eine Kerze an, die er übrigens nicht bezahlt, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU – Alexander König (CSU): Sehr schön gesagt!)

Jetzt mal ganz ehrlich: Sie verkleinern nicht einmal die Sollstärke des Bundestags. Sie sprechen von einer großen Reform, mit der der Bundestag verkleinert wird. Sie vergrößern die Sollstärke des Bundestags, aber zulasten der Direktmandate mit einer Verlagerung auf die Listenmandate. Meine Damen und Herren, ein Schelm, wer Böses dabei denkt, wem eine Verlagerung auf die Listenmandate letztlich zugute kommt.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Das neue Wahlrecht zeigt, dass Sie überhaupt nicht daran interessiert sind, dass sich der Bürger mit den Kandidaten vor Ort auseinandersetzt. Das zählt für die Ampel nicht. Sie wollen, dass die Bürger das wählen, was Parteidelegierte vorbestimmt haben. Sie kommen damit Ihrem Ziel näher, den Bürgerinnen und Bürgern vorzuschreiben, was sie zu wählen haben, zwangsweise paritätisch, Parteisoldaten und Funktionäre, die von Ihnen eingereicht werden.

Für uns FREIE WÄHLER bedeutet eine Wahl etwas ganz anderes, nämlich sich selbst diejenigen auszusuchen, die sich für die Bürger einsetzen, die sich vor Ort in der Kommunalpolitik um unser Gemeinwohl bemüht haben und deshalb auch bereit und in der Lage sind, Verantwortung zu übernehmen. Meine Damen und Herren, das ist für mich Wahlrecht. Das haben Sie nicht zu bieten. Deswegen ändern Sie das Wahlrecht zu Ihren Gunsten.

Das Wahlrecht ist keine Spielwiese für Muskelspielchen. Es ist vielmehr ein wichtiger Eckpfeiler unserer Demokratie. Beschädigen Sie diese Demokratie nicht! Kassieren Sie dieses Gesetzesvorhaben, bevor das die Gerichte oder die Wähler tun! Verkleinern Sie endlich den Deutschen Bundestag, aber so, dass es Artikel 38 des Grundgesetzes genügt und jede Stimme aus jedem Bundesland das gleiche Gewicht hat. Der Schaden, den Sie andernfalls in der deutschen Demokratie anrichten, wäre weit grö-

ßer als der kleine, schäbige Gewinn, den Sie kurzfristig aus dieser Reform ziehen können.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Für die Staatsregierung spricht jetzt Herr Staatssekretär Sandro Kirchner.

Staatssekretär Sandro Kirchner (Inneres, Sport und Integration): Sehr geehrter Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Es ist schon außergewöhnlich, dass wir hier im Bayerischen Landtag über das Bundeswahlrecht diskutieren. Ich bin aber der Meinung, dass es richtig ist, dass dieses Thema hier im Hohen Haus behandelt wird. Je länger ich zugeschaut habe, desto mehr begrüße ich, dass dieses Thema hier im Hohen Haus diskutiert wird. Ich bin auch froh, dass wir einen Livestream haben und die ganze Debatte anschließend noch einmal in der Mediathek anschauen können. Damit können sich die Menschen ein Bild von der Meinungsvielfalt hier im Parlament machen und mitbekommen, wie durchsichtig das eine oder andere Argument ist und dass einige Argumente an den Haaren herbeigezogen sind. Und deswegen ist es gut, das wir darüber sprechen.

(Beifall bei der CSU)

Zur Erinnerung: Anlass war, dass der Bundestag in der letzten Woche über die von der Bundesregierung durchgedrückte Wahlrechtsreform diskutiert hat. Die Ampel, also die SPD, die FDP und die GRÜNEN – wir wollen ja hier die Täter benennen –, hat damit die Anforderung der Wahlgleichheit ein Stück weit missachtet. Heute ist klar zum Ausdruck gekommen, dass die Parteien der SPD, der FDP und der GRÜNEN damit einen antiföderalen Ansatz verfolgen, der sich maximal gegen den Freistaat Bayern und die Menschen in Bayern richtet.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Ich bin kein Jurist, aber ich bin mir sicher, dass diese Reform verfassungsrechtlich überprüft werden wird und diese Überprüfung auch zu einem entsprechenden Ergebnis kommen wird. In der Debatte ist durch die Nebelkerzen, die gezündet worden sind, nicht klar zum Ausdruck gekommen, dass es in erster Linie um die Direktmandate geht. Zukünftig werden gewonnene Direktmandate einfach gekappt, wenn sie nicht mit einem entsprechenden Zweitstimmenergebnis hinterlegt sind. Damit wird die Wahl völlig entwertet, und damit werden auch die Wahlkreise außer Acht gelassen. Am Ende des Tages ist das eine maßlose Respektlosigkeit gegenüber den Wählerinnen und Wählern, die ihren Direktkandidaten gewählt und damit einen ganz klaren Auftrag erteilt haben.

Dabei geht es nicht nur um Ausnahmefälle, wie das heute verharmlosend gesagt wurde, um das herunterzuspielen. Nehmen wir als Beispiel einmal die letzte Wahl. Nach dem angedachten Wahlrecht hätte Bayern damals sieben Wahlkreise verloren. Damit wären die Direktkandidaten dieser Wahlkreise nicht in Berlin vertreten. Da Sie alle so eine Bayernphobie haben, schauen wir nach Baden-Württemberg. In Baden-Württemberg wären 10 der 38 Direktmandate nicht mehr in Berlin präsent. Im Osten Deutschlands wären ganze Landstriche im Parlament in Berlin nicht mehr vertreten. Ich weiß nicht, ob das im Sinne des Erfinders ist.

Herr Schuberl, Sie haben eine Milchmädchenrechnung aufgemacht und gesagt, alle würden gleich behandelt. Auf der einen Seite fallen gewonnene Überhangmandate weg, auf der anderen Seite die Ausgleichsmandate. Sie sind hier ein Taschenspieler; denn Ausgleichsmandate gibt es nur dann, wenn es Überhangmandate gibt. Der Unterschied ist, wenn die Überhangmandate wegfallen, dann gibt es auch keine Ausgleichsmandate. Sie hätten also nichts verloren. Außerdem bedeutet das Überhangmandat ein Direktmandat. Damit werden die Wählerinnen und Wähler wiederum betrogen, weil ihr direkt gewählter Kandidat in Berlin nicht existent ist. Ich denke, wir müssen ehrlich mit den Menschen umgehen und dürfen ihnen nicht etwas vorgaukeln, was dann nicht eintrifft.

Und dann setzt die Ampel, also SPD, FDP und GRÜNE, noch einen drauf, indem sie die Grundmandatsklausel überfallartig abschafft. Sie haben irgendwelche Anhörungen angeführt und daraus irgendwelche Leute zitiert. Aber es verträgt sich natürlich nicht, die Direktmandate zu kappen und die Grundmandatsklausel abzuschaffen. Sie haben es sich einfach gemacht und nicht dafür gesorgt, dass die Menschen in Deutschland, in Bayern und in anderen Bundesländern, mitgenommen werden und ihr Wahlauftrag berücksichtigt wird. Hier waren Sie quick and dirty, auf Deutsch übersetzt, einfach dreckig unterwegs. Herr von Brunn, das muss ich Ihnen an dieser Stelle schon einmal sagen.

(Beifall bei der CSU)

Damit stellt man natürlich die Integrationsfunktion der Wahl grundlegend infrage, wenn politische Interessen und die damit verbundenen Parteien nicht mehr im Bundestag vertreten sind. Ich vertrete hier im Landtag die CSU. Wir treten über eine Landesliste an. In der Vergangenheit hatten wir immer mehr als 5 %. Deswegen sind wir nicht verdächtig, von dieser Regelung tangiert zu sein. Die Menschen, die heute diese Debatte erleben, können eigentlich zu dem Schluss kommen, dass die CSU auch in Zukunft locker über die 5 % kommen wird.

Wir sind aber die Vertreter einer demokratischen Partei. Unser Auftrag ist es, die Demokratie zu schützen. Allein die Möglichkeit, dass durch Ihre Ideen demokratische Wahlen außer Kraft gesetzt und ausgehebelt werden könnten, dass Parteien nicht mehr im Bundestag vertreten sein könnten, obwohl sie ein Direktmandat erworben haben, zeigt auf, dass das Ganze eine Luftnummer ist. Damit hätte fast ganz Bayern keinen direkt gewählten Abgeordneten mehr in Berlin. Ich denke, das wäre eine Farce. Die Ampel wäre schuld, wenn es dazu kommen sollte.

Sie haben sich heute selbst demaskiert. Die Ampel legt keinen Wert auf eine demokratische Repräsentanz. Das liegt daran, dass sie aus Parteien besteht, die nicht nah an den Menschen sind und die Menschen nicht davon überzeugen können, sie direkt

zu wählen. Nehmen wir einmal meinen Stimmkreis. Ich stehe gerade im Landtagswahlkampf. Ich kann mich nicht erinnern, in den letzten vier Jahren irgendeinen Vertreter Ihrer Partei in meinem Stimmkreis gesehen zu haben. Sie kommen jetzt, weil dies ein Wahljahr ist. Sie sind nicht bei den Menschen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Deshalb wollen Sie die Menschen von den Wahlen ausschließen. Sie wollen mit Ihren Parteien dazu beitragen, dass Bayern in Berlin ein weißer Fleck und entsprechend ausgenommen ist.

Aber es kommt noch schlimmer: Eine Partei, die viele Wahlkreise gewinnt, wäre an der Sitzverteilung überhaupt nicht beteiligt. Dann ziehen auch weniger Abgeordnete aus diesem Land in den Bundestag ein.

Dann das Nächste: Ich habe es mir nicht aufgeschrieben, wer hier schon wieder geschwindelt hat. Ich glaube, es war Herr von Brunn. Nein, es war Herr Hagen. Herr Hagen hat behauptet, dann werden die Mandate, die verloren gehen, auf die anderen Landeslisten aufgeteilt und das ist kein Nachteil.

(Zuruf des Abgeordneten Martin Hagen (FDP))

– Das waren nicht Sie? Dann war es doch Herr von Brunn. Aber es ist wurscht, einer aus der Ampel war es. – Das ist nämlich genau nicht der Fall. Es gibt eine Oberverteilung. Das heißt, die in Bayern nicht besetzten Mandate werden auf die Parteien in ganz Deutschland verteilt und dann wieder heruntergebrochen. Natürlich bleiben dann noch ein paar für Bayern übrig. Aber die große Summe von Bayern ist verloren gegangen. Das heißt, mit Ihrem Konstrukt, das Sie da auf den Weg gebracht haben, sorgen Sie dafür, dass Bayern entsprechend schlechter repräsentiert ist.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Würden wir einfach mal davon ausgehen – wenn man die Berechnungen heranzieht und die Grundmandatsklausel wegfallen lässt –, dass die CSU fiktiv tatsächlich 4,9 % hätte, dann hätten wir mit diesen Grundlagen 2017 30 Abgeordnete weniger aus Bayern gehabt, die uns in Berlin vertreten hätten. 2021 wären es tatsächlich 33 weniger Abgeordnete gewesen. Ich habe das Gefühl, auch nach den Diskussionen heute, dass Ihnen gar nicht bewusst ist, dass Bayern entsprechend unterrepräsentiert ist und

(Alexander König (CSU): Oder egal! – Zurufe des Abgeordneten Benjamin Adjei (GRÜNE) und der Abgeordneten Dr. Simone Strohmayr (SPD))

Sie damit auch einen Sargnagel mit eingeschlagen haben. Das ist antiföederal, was Sie hier machen. Das ist ganz klar gegen Bayern. Ich kann Ihnen versprechen, dass wir das im Rahmen unserer Möglichkeiten nicht hinnehmen werden und klar und massiv gegen Ihre antibayerische Politik vorgehen und Ihnen da auch den Garaus machen werden. Ich denke schon, dass wir alles mit Fug und Recht positionieren.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Erste Zwischenbemerkung von Toni Schuberl. Bitte schön.

Toni Schuberl (GRÜNE): Herr Kirchner, Sie verstehen offensichtlich das neue Bundeswahlrecht nicht.

(Zurufe von der CSU – Tanja Schorer-Dremel (CSU): Sie verstehen es nicht!)

Sie sind in dem früheren System verhaftet, in dem es direkt gewählte Abgeordnete gab, die dadurch automatisch drinsäßen. Dann ist es natürlich eine schwere Vorstellung, dass solche nicht mehr drinsitzen. Das neue Wahlrecht ist ein Verhältniswahlrecht, und die Erststimme entscheidet darüber, wer über die Liste einzieht. In dem Sinne gibt es die direkt gewählten Abgeordneten, die allein durch die Direktwahl gewählt sind, nicht mehr.

(Tobias Reiß (CSU): Genau das ist der Punkt! Weil ihr alles steuern wollt!)

Deswegen verstehen Sie das ja so auch gar nicht. Selbstverständlich ist es völlig legitim, dass die CSU sagt: Wir sind so stark. Uns reicht es, dass wir einfach, losgelöst von allem, in Bayern antreten. – Das ist Ihr gutes Recht. Wenn Sie das nicht mehr schaffen, dann sollten Sie Konsequenzen daraus ziehen. Entweder Sie verschwinden aus dem Bundestag, so wie es vielen Parteien zwischendurch schon gegangen ist.

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Ihre Redezeit ist zu Ende!

Toni Schuberl (GRÜNE): Wir GRÜNE waren draußen, die PDS war draußen, die FDP war draußen. Oder Sie verbinden sich mit jemandem.

(Staatsminister Dr. Florian Herrmann: Eine unglaubliche Arroganz! – Zurufe von der CSU)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Herr Staatssekretär, bitte schön.

Staatssekretär Sandro Kirchner (Inneres, Sport und Integration): Herr Schuberl, vielen Dank. Sie haben sich gerade demaskiert und selber aufgezeigt, dass Sie so langsam erst mal beginnen zu verstehen, was Sie selber in Berlin anstellen.

(Beifall bei der CSU)

Ich stelle außerdem fest, dass Sie jetzt auch bestätigt haben, dass es Ihnen wurscht ist, was der Wähler vor Ort wählt, ob er einen Kandidaten besonders unterstützt, weil er sich von ihm vertreten fühlt, weil Sie selber gar nicht in der Situation sind, einen Stimmkreis zu vertreten. Deswegen werden Sie es auch nicht verstehen. Ich bin der Meinung, dass das, was Sie als Mitglied der Partei der GRÜNEN in Berlin mitverantworten, schäbig und gegen den Wählerwillen ist.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Tanja Schorer-Dremel (CSU):
Bravo!)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Noch eine Zwischenbemerkung, diesmal von Herrn Böhm. Bitte schön.

Martin Böhm (AfD): Sehr geehrter Herr Staatssekretär, auch wir sind ja, zwar nicht in Bayern, aber in Sachsen von der Wahlrechtsreform stark betroffen, da wir dort alle Direktmandate innehaben. Insofern denke ich, dass ich das aus recht neutraler Perspektive darstellen kann. Hier in der Diskussion kann ich feststellen: Das größte Damoklesschwert für Sie ist natürlich die Grundmandatsklausel. Sie haben das gerade ganz deutlich gemacht. Sie haben die 4,9 % selbst in den Mund genommen, haben selbst benannt, dass Sie sich damit beschäftigen. Da stellt sich für uns als Mitglieder dieses Hohen Hauses schon die Frage, wann denn der Moment kommt, dass Sie sich als CSU bundesweit etablieren und auf die bundesweite Bühne zurückkehren. Den Versuch gab es ja schon einmal, auch wenn er damals kläglich gescheitert ist.

Staatssekretär Sandro Kirchner (Inneres, Sport und Integration): Herr Böhm, wissen Sie, ich würde Ihnen einfach empfehlen: Gehen Sie mal raus, trinken Sie einen Kaffee, klappen Sie Ihren Laptop auf, schauen Sie in der Mediathek auf meinen Redebeitrag! Dann würden Sie erkennen, dass diese Phantasie, die Sie gerade entwickelt haben, nicht Gegenstand meiner Rede war.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Es gibt keine weiteren Zwischenbemerkungen. Vielen Dank, Herr Kirchner. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist damit geschlossen, und wir kommen jetzt zur Abstimmung.

Wer dem Dringlichkeitsantrag der CSU-Fraktion und der Fraktion FREIE WÄHLER auf Drucksache 18/27995 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – FREIE WÄHLER, CSU, die fraktionslosen Abgeordneten Bayerbach und Klिंगen. Wer ist dagegen? – BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, FDP und der Abgeordnete Plenk (fraktionslos). Wer enthält sich? – Der Abgeordnete Busch (fraktionslos) und die AfD. Damit ist dieser Antrag angenommen.

Wer dem nachgezogenen Dringlichkeitsantrag der FDP-Fraktion auf Drucksache 18/28041 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die FDP-Fraktion und der Abgeordnete Plenk (fraktionslos). Wer ist dagegen? – FREIE WÄHLER und CSU. Wer enthält sich? – BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, AfD, die Abgeordneten Klingen (fraktionslos), Bayerbach (fraktionslos) und Busch (fraktionslos). Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag abgelehnt.